

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/5672

"Versammlungsfreiheit in Bayern - Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/5672 vom 11.03.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 40 vom 11.03.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/6395 des KI vom 23.04.2015
4. Beschluss des Plenums 17/6631 vom 19.05.2015
5. Plenarprotokoll Nr. 45 vom 19.05.2015



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert im Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit, und Sport für den Berichtszeitraum der Jahre 2012 bis 2015 zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Übergriffen Rechtsextremer auf Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer in Bayern (bitte unter Nennung der bekannten Vorfälle)?
- Insbesondere welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Übergriffen Rechtsextremer auf die Demonstration des „Bündnis Frauenrechte“ am 7. März in Nürnberg?
- Welche konkreten Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Rechtsextreme, die in Bayern, insbesondere im Raum Nürnberg, in der Vergangenheit wiederholt Demonstrationen gewaltsam gestört haben, insbesondere welche Strafverfahren laufen gegen diesen Personenkreis?
- Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um künftig sicherzustellen, dass Versammlungen in Bayern angstfrei besucht werden können?

### **Begründung:**

Das im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung festgelegte Recht auf Versammlungsfreiheit ist ein Grundpfeiler der Demokratie in Deutschland und Bayern. In der Vergangenheit sind immer wieder Vorfälle bekannt geworden, bei denen Personen, die dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden müssen, friedliche Demonstrationen gestört und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewaltsam bedroht haben. Solche Vorgänge sind dazu geeignet die Bürgerinnen und Bürger an der Ausübung ihres Grundrechts zu hindern und sie massiv einzuschüchtern. Die Staatsregierung ist aufgefordert die aktuelle Situation in Bayern darzustellen und zu erklären, welche Maßnahmen sie zum nachhaltigen Schutz der Bürgerinnen und Bürger ergreifen wird.

und Herren, lieber Kollege Glauber, der Dialog, den Sie hier einfordern, findet längst statt.

Die Erhebungen sind mittlerweile durchgeführt. Das Ergebnis der Untersuchung wird in wenigen Wochen vorliegen. Dann sollen die Gemeinden angehört werden, die bei der Erhebung eine eigene Einschätzung abgegeben haben, die sich nicht mit den Untersuchungsergebnissen deckt. Die Gemeinden haben dadurch die Gelegenheit, Argumente vorzutragen, die sich aus den spezifischen örtlichen Gegebenheiten ableiten lassen. Erst auf dieser Grundlage erscheint die abschließende Bewertung durch den Verordnungsgeber möglich, in welchen Gebieten die Mietpreisbremse einzuführen ist.

Meine Damen und Herren, wir wollen die Mietpreisbremse so schnell wie möglich einführen. Ich warne aber vor einem Schnellschuss. Nur auf der Grundlage solider und aktueller Daten kann eine passgenaue Festlegung der Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt und damit eine rechtssichere Umsetzung gelingen. Eine bloße Übernahme der Gebietskulissen zur im Jahr 2013 erlassenen Zweiten Kappungsgrenzenkennungsverordnung erfüllt, Herr Kollege Lotte, diese Voraussetzung nicht, und zwar deshalb, weil der Datenbestand, der dieser Verordnung zugrunde liegt, aus dem Jahre 2010 stammt. Das bietet keine Rechtssicherheit in möglichen Rechtsstreitigkeiten. Um es noch einmal zu sagen: Ja zu einer zügigen Umsetzung der Mietpreisbremse, aber nur dort, wo die Voraussetzungen tatsächlich vorliegen.

Meine Damen und Herren, schon seit den Neunzigerjahren schreiben wir die Wohnungsgebietevertordnung in regelmäßigen Abständen fort. Die Kappungsgrenzenkennungsverordnung haben wir unverzüglich erlassen. Wir werden auch die Mietpreisbremse ehestmöglich erlassen; denn Mieter ist nicht mit großen Worten, sondern nur mit Taten wirklich geholfen. Wir handeln, und zwar schon seit geraumer Zeit.

Ich empfehle Ihnen, dem Antrag der CSU zuzustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Kolleginnen und Kollegen, nachdem die 15 Minuten seit Ankündigung der namentlichen Abstimmung noch nicht um sind, frage ich die CSU-Fraktion, ob sie auf die namentliche Abstimmung verzichtet, sodass ich jetzt gleich zur Abstimmung kommen kann. –

(Zurufe)

– Vielen Dank.

Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

(Unruhe)

Kolleginnen und Kollegen, ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Drucksache 17/5650, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – CSU und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Anhaltende Unruhe)

– Ich würde darum bitten, dass wir uns wenigstens bei den Abstimmungen so platzieren, dass man abstimmen kann.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, Drucksache 17/5670, abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Drucksache 17/5671, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD, Fraktion der FREIEN WÄHLER, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzulegen. – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/5651 sowie 17/5653 mit 17/5658 und 17/5672 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Ich darf den **Tagesordnungspunkt 5 aufrufen:**

**Antrag der Abgeordneten**

**Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD),**



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause,  
Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und  
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 17/5672

**Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor  
Übergriffen schützen**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung mit der Maßgabe, dass Satz 1 folgende Fassung erhält:

„Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit, und Sport für den Berichtszeitraum der Jahre 2012 bis 2015 zu folgenden Fragen zu berichten:“

Berichterstatterin: **Katharina Schulze**  
Mitberichterstatter: **Norbert Dünkel**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 29. Sitzung am 25. März 2015 beraten und einstimmig mit der in I. enthaltenen Änderung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 33. Sitzung am 23. April 2015 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

**Dr. Florian Herrmann**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze, Verena Osgyan, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Jürgen Mistol und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/5672, 17/6395

### **Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport für den Berichtszeitraum der Jahre 2012 bis 2015 zu folgenden Fragen zu berichten:

- Welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Übergriffen Rechtsextremer auf Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmer in Bayern (bitte unter Nennung der bekannten Vorfälle)?
- Insbesondere welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zu Übergriffen Rechtsextremer auf die Demonstration des „Bündnisses Frauenrechte“ am 7. März in Nürnberg?
- Welche konkreten Erkenntnisse hat die Staatsregierung über Rechtsextreme, die in Bayern, insbesondere im Raum Nürnberg, in der Vergangenheit wiederholt Demonstrationen gewaltsam gestört haben, insbesondere welche Strafverfahren laufen gegen diesen Personenkreis?
- Welche Maßnahmen wird die Staatsregierung ergreifen, um künftig sicherzustellen, dass Versammlungen in Bayern angstfrei besucht werden können?

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

**Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Abstimmung**

**über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Enthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Europaangelegenheit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden  
(Tagesordnungspunkt 6)**

**Es bedeuten:**

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Europaangelegenheit**

1. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union;  
Entwurf des gemeinsamen Beschäftigungsberichts der Kommission und des Rates (Begleitunterlage zur Mitteilung der Kommission zum Jahreswachstumsbericht 2015);  
COM (2014) 906 final BR-Drs. 584/14  
Drs. 17/5426, 17/6570 (E) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Isabell Zacharias, Annette Karl, Helga Schmitt-Büssinger u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anhörung zur Sicherung der Vielfalt und Staatsferne in den Aufsichtsgremien des Rundfunks in Bayern  
Drs. 17/4717, 17/6398 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert,  
Klaus Adelt u.a. SPD  
Beförderung nach A9 mit Amtszulage  
Drs. 17/5210, 17/6458 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

4. Antrag der Abgeordneten Oliver Jörg, Gudrun Brendel-Fischer,  
Karl Freller u.a. CSU  
Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Staatsbibliothek und den  
Universitätsbibliotheken des Freistaats  
Drs. 17/5361, 17/6399 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,  
Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Ausstieg aus der Torfnutzung im Garten- und Landschaftsbau  
Drs. 17/5487, 17/6431 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Benno Zierer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
KZ-Gedenkstätten besser vor Vandalismus schützen  
Drs. 17/5499, 17/6400 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Anteil befristeter Arbeitsverhältnisse für nichtwissenschaftliches Personal  
an bayerischen Hochschulen senken  
Drs. 17/5503, 17/6401 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Sachgrundlos befristete Arbeitsverträge an bayerischen Hochschulen  
hinterfragen  
Drs. 17/5504, 17/6402 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Dr. Paul Wengert,  
Stefan Schuster u.a. SPD  
Zusätzliche Stellen und Mittel für die bayerische Polizei nach den Anschlägen  
von Paris schnell und nachhaltig realisieren  
Drs. 17/5557, 17/6531 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Bernhard Seidenath,  
Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU  
Reha vor Pflege  
Drs. 17/5559, 17/6536 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer-Stäblein,  
Bernhard Seidenath u.a. CSU  
Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns über die Vorbereitung  
des Bereitschaftsdienstes auf kommende Herausforderungen  
Drs. 17/5603, 17/6537 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Zugang zu Cannabis als Medizin für Schmerzpatientinnen und Schmerzpatienten erleichtern  
Drs. 17/5607, 17/6538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung der Kemptener Kokain-Affäre  
Drs. 17/5616, 17/6393 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	A	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal u.a. SPD  
Dauerhafte Übertragung des Berufungsrechts auf die bayerischen Hochschulen  
Drs. 17/5617, 17/6403 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	<input type="checkbox"/>	A	<input type="checkbox"/>

15. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Büssinger, Franz Schindler u.a. und Fraktion (SPD)  
Bericht zur Polizeiaktion in der U-Bahnstation „Weißer Turm“ in Nürnberg am 5. März 2015 gegen Versammlungsteilnehmer einer Anti-PEGIDA-Demonstration  
Drs. 17/5658, 17/6394 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Katharina Schulze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Versammlungsfreiheit in Bayern – Bürgerinnen und Bürger vor Übergriffen schützen  
Drs. 17/5672, 17/6395 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Oliver Jörg, Angelika Schorer u.a. CSU  
Entwicklung landwirtschaftsnaher Studiengänge an den Hochschulen in Bayern  
Drs. 17/5710, 17/6404 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Kathi Petersen,  
Doris Rauscher u.a. SPD  
Gezielte Maßnahmen zur Bekämpfung der Masern in Bayern  
Drs. 17/5718, 17/6539 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster,  
Susann Biedefeld u.a. SPD  
Kein Maulkorb für Gemeinde- und Stadträte sowie Kreis- und Bezirkstage bei  
allgemeinpolitischen Fragen wie TTIP und CETA!  
Drs. 17/6081, 17/6396 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>